



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

April 2021

Schluss mit Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen!



Start der Volksinitiative am 20.3. auf dem Rathausmarkt Foto: Reinhard Schwandt
Unterschriftenlisten zum Download unter: <https://ziviler-hafen.de/>

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:
Mittwoch, 28.04.2021

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Wahl des/der DirektkandidatIn	S. 2
Wahlvorbereitung auf gutem Wege	S. 3
Berichte MV und LVV	S. 4
Anmerkung zur Delegiertenwahl	S. 5
Beschluss Friedenswahlkampf	S. 6
Zur Bundestagswahl 21	S. 7
Unsichtbarkeit/NSU-Komplex	S. 8
Ostermarsch	S. 9
Housing Action Day	S. 10
Innerer Notstand	S. 13
Termine / Kontakt	S. 14
Anhang: Flyer Demo Austerität	

Mitgliederversammlung zur Wahl des/der DirektkandidatIn im Wahlkreis 18

Liebe GenossInnen,

hiermit möchte ich euch herzlich zur Mitgliederversammlung zur **Wahl der Direktkandidatin/des Direktkandidaten zur Wahl zum 20. Deutschen Bundestag im Wahlkreis 18 (Hamburg-Mitte)** einladen.

Die Versammlung findet

am Sonntag, den 11. April 2021 um 14:00 Uhr

Ort: Kulturpalast Hamburg-Billstedt, Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg
statt.

Einziges Punkt der Versammlung ist die Wahl der Direktkandidatin / des Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis 18 zur Bundestagswahl im Herbst 2021.

Stimmberechtigt auf dieser Versammlung sind alle Mitglieder der LINKEN, die in dem Wahlkreis wohnen (Hamburg-Mitte ohne Wilhelmsburg, Hamburg Nord Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Hohenfelde, Uhlenhorst) und am Tag der Versammlung das Stimmrecht zur Bundestagswahl haben. Stimmberechtigt sind nur deutsche StaatsbürgerInnen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Da wir dies im Rahmen der Mandatsprüfung überprüfen müssen, bitten wir euch auf jeden Fall einen gültigen Personalausweis oder einen Reisepass inkl. einer amtlichen Meldebestätigung mitzubringen. Mitglieder, die keines der beiden Dokumente mit zur Versammlung bringen können, können ausnahmsweise ihr Wahlrecht zum Bundestag durch eine eidesstattliche Versicherung belegen.

Alle Hygienemaßnahmen des Veranstaltungsortes und unser Hygienekonzept sind zu berücksichtigen. D.h. u.a., während des gesamten Aufenthaltes im Haus ist ein medizinischer Mund-Nasenschutz zu tragen und die Abstandsregeln sind zu befolgen.

Es werden einige Corona Selbsttests zu Beginn der Versammlung angeboten, um die Sicherheit der Veranstaltung zu erhöhen. Ferner gibt es für jeden die Möglichkeit einen kostenlosen Schnelltest möglichst zeitnah zur Veranstaltung durchführen zu lassen. (siehe <https://www.hamburg.de/corona-schnelltest/>)

Die Maskenpflicht und die Abstandsregeln gelten natürlich trotzdem.

Sinnvoll ist es 45 Minuten vor der Versammlung zu kommen, da die Mandatsprüfung bei Versammlungen zur Wahl von Kandidat:innen erfahrungsgemäß länger dauert. Auf der Versammlung gilt die Wahlordnung der Partei DIE LINKE, die auf der Versammlung vorliegen wird. Ihr könnt Sie auch auf der Website der LINKEN (<http://www.die-linke.de/partei/dokumente/wahlordnungderparteiidielinke/>) einsehen.

Mit solidarischen Grüßen

(Martin Wittmaack, Landesgeschäftsführer)

Tagesordnungsvorschlag

- 1. Begrüßung**
- 2. Konstituierung**
 - a. Wahl einer Versammlungsleitung
 - b. Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c. Wahl einer Protokollführerin/eines Protokollführers
 - d. Bestimmung einer Geschäftsordnung
 - e. Beschluss zur Tagesordnung
- 3. Wahl des / der DirektkandidatIn**
 - a. Beschlüsse zur Wahlordnung
 - b. Vorstellung und Befragung der Bewerberinnen/Bewerber
 - c. Wahl der Direktkandidatin/des Direktkandidaten

4. Wahl von zwei Vertrauenspersonen für den Wahlvorschlag
5. Bestimmung von zwei TeilnehmerInnen, die die Versicherung an Eides statt zum Ablauf der Versammlung abgeben.
6. Verschiedenes

Wahlvorbereitung im Wahlkreis 18 auf gutem Wege

Der Bezirksvorstand Mitte hat in Zusammenarbeit mit dem Bevo. Nord mehrheitlich die erneute Verschiebung der Kandidatenaufstellung für den Wahlkreis beschlossen. Dafür ist Dank auszusprechen für dessen Weitsicht & taktisches Geschick. Damit können wir uns im Wahlkreis dem Beschluss in der hybriden Mitte- BMV vom 13.12.2020 weiter annähern, erst Ende Mai zusammen mit einer BMV unter dem Titel: „Zusammen: Soziale und Grundrechte-Offensive“ sowohl einer Vorbereitung wohl des Wahlprogramm-BPT(?) und eines Beschlusses einer (zum Bundeswahlprogramm alternativen?) Wahlpolitischen Erklärung leisten und die Wahl der/des Wahlkreiskandidat:in durchführen. Nachdem im Januar-Mittelmang zumindest ein Kandidat „die Hosen runter ließ“ für den Wahlkreis 18 (Hamburg-Mitte) zur Bundestagswahl im September 2021 anzutreten, werden wir dann sicher auch eine größere Auswahl an Kandidierenden haben.

Es ist taktisch klug, dass wir die Genossinnen und Genossen noch Kräfte für den Wahlkampfhöhepunkt von Mitte August bis Mitte September auf Straßen und Plätzen, bei Steckaktionen und Verteilungen sammeln lassen! Dieses auch denen, die immer gern mit „der Erfahrung“ der vergangenen Jahre kommen und meinen, Wahlkämpfe eigneten sich besonders unsere Strukturen zu stärken, neue Mitglieder über den Wahlkampf einzubinden und als aktive Mitgliederpartei zu wachsen. Gebt den Genossinnen und Genossen doch einfach mal mehr Zeit zu Bewusstseinsbildung durch Lesen und Leiteträge (mit)formulieren z.B., überzeugt die Hyperaktiven von der Nutzlosigkeit ihres Tuns ohne umfassende Lageeinschätzung durch Beschlüsse der BMV Mitte.



Denen, die nun meinen, der ganze Zeitplan setze alles viel zu spät an, u.a. weil wir vom 24.6.-4.8. Sommerferien haben werden, möchte ich zurufen: Warum sollen wir die Wählerinnen und Wähler schon frühzeitig mit etwa einem Konterfei mit der Aufforderung zum Austausch an den Straßen des Wahlkreises erschrecken von jemandem den oder die sie gar nicht kennen? Seien wir ehrlich Genossinnen und Genossen, wer von den Bürgerinnen und Bürgern denkt schon an die Bundestagswahl im September? Und eine Partei, die ihre durch Personen verkörperten Einschätzungen und Vorschläge frühzeitig an den Mann und die Frau bringen möchte, kann eigentlich in dieser gesellschaftlichen Lage, in der vielen alles klar ist, nur scheitern mit einer sog. Vorwahlkampfphase. Und wer sagt eigentlich, dass wir in Mitte nicht noch eine Kandidatin finden, die aus Funk, Fernsehen und vor allem den Sozialen Medien breitesten Wählerschichten bekannt ist? Mit der können wir sinnvollerweise möglichst spät „aus der Kiste kommen“ um sie (von mir aus auch ihn) nicht zu verbrennen in einem langen Vorwahlkampf.

Also, alles weise entschieden von den erfahrenen Genossinnen und Genossen im Bezirksvorstand, die die Wahlkampfplanung fest im Blick haben.

Volker Honold, Mitglied im Gruppensprecherkollektiv SG Barmbek

Bericht von den Mitgliederversammlungen

Am 13. und 14.03. kamen insgesamt etwa 50 Genossinnen und Genossen zusammen zur Wahl der Delegierten für die Landesvertreter:innenversammlung (LVV), am 26. und 27.03. wählten um die 100 anwesende Genoss:innen bei der LVV unsere Landesliste zur diesjährigen Bundestagswahl. Alle Versammlungen verliefen sehr kultiviert mit guten Konzepten zur Vermeidung von Ansteckungen angesichts der Corona-Pandemie, sodass wir sagen können: Wir befreien die Grundrechte von der Last der Angst!

Am Samstag, den 13.03. konnten wir Aktivisten der Volksinitiative für das Verbot von Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen begrüßen. Sie stellten sehr persönlich das Vorhaben vor. Einer der beiden ist ein Geflüchteter, der seiner Empörung kundtat, dass Deutschland, von dem zwei brutale Weltkriege ausgingen, der Losung „Nie wieder Krieg“ nicht gerecht wird, indem es Waffen produziert und exportiert. Seine Kollegin rekurrierte auf den schönen Blick auf den Hafen, unser „Tor zur Welt“, dessen Anblick romantische Gefühle internationalen Austausches wecke. Es sei schockierend zu wissen, dass dort auch Rüstungsgüter verladen werden, die in anderen Ländern den Tod bringen. Nach einem bereichernden Austausch wurde als Konsequenz ein Antrag zur Unterstützung der Kampagne beschlossen, auch mit einem Schwerpunkt im Wahlkampf (Siehe Seite 6).

Am Sonntag, den 14.03. hörten wir zunächst einen Bericht vom Bundesparteitag von unseren beiden Delegierten Kerstin Fremder-Sauerbeck und Kristian Glaser. In Generaldebatte und Beschlüssen sei die antikapitalistische und Friedensposition der Partei noch einmal gefestigt worden, was z.B. auch in der Wahl von Tobias Pflüger statt Matthias Höhn in den Parteivorstand Ausdruck fand. Dass viele qualifizierte linke Genossinnen nicht in den Bundesvorstand gewählt

wurden, steht im Widerspruch dazu, kann das kritische und aufmüpfige Potenzial der Gesamtpartei aber nicht unterlaufen. Nach einer Diskussion mit Blick in die Geschichte wurde beschlossen, Parteivorstand und Bundesausschuss aufzufordern, auf dem vom Bundesparteitag beschlossenen Leitantrag das Wahlprogramm zur Bundestagswahl aufzubauen - weil er aktuelles Ergebnis produktiver Auseinandersetzung ist.



Im Anschluss daran wurden jeweils Wahlgänge für die Delegierten zur LVV durchgeführt. Im Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung erreichten 10 von 13 Genossinnen das Quorum. Die einzige Anwesende der 3 nicht Gewählten äußerte Verständnis für die Entscheidung, keine Ersatzdelegierten zu wählen, ob ihrer von der Mehrheit deutlich abweichenden Meinung mit Sympathie für mögliche Regierungsbeteiligungen (??, siehe auch S.5; -red). Beim gemischten Wahlgang erreichte einer von 12 Kandidierenden nicht das Quorum, somit war hier auch ein Ersatzdelegierter gewählt. Im Übrigen haben die spannenden Diskussionen auch zu einem Neueintritt geführt und es ist dem Bezirksvorstand und dem Kulturpalast Billstedt zu danken für die gute Organisation inklusive Verpflegung!

Bericht von der Landesvertreter:innenversammlung

Die LVV fand nach einigem Ringen am 26. und 27.03. im großen Saal des Bürgerhauses Wilhelmsburg statt. Begrüßt wurden wir von Keyvan Taheri, unserem frisch gewählten Landessprecher. Nach Worten des Dankes griff er die verfehlte Krisenpolitik der Bundesregierung und der Hamburger Landesregierung an. DIE LINKE habe das Monopol für die Soziale- und Klassenfrage und müsse im Sinne des „Nie Wieder“ ein motivierendes Signal für soziale Sicherheit, Frieden und eine soziale Klimawende aussenden - denn

das alles sei nur demokratisch von unten nach oben durchzusetzen. In ähnlicher Weise äußerte sich auch unser Landesgeschäftsführer Martin Wittmaack, der sich sichtlich froh zeigte, dass die Genesung nach seinem schweren Fahrradunfall gut voran geht. Es sei nicht zu ertragen zu sehen, wie sich die Länder in Europa um Impfstoff streiten, während in Ghana noch keine einzige Dosis angekommen sei. Auf längere Sicht müsse ein anderes System her und jetzt brauche es eine starke Linke.

Zaklin Nastic betonte in ihrer Kandidatur für den ersten Platz ihren Anspruch, gleiche Rechte für alle Menschen durchzusetzen - und sich dafür mit den Mächtigen anzulegen. Sie ging dabei auch authentisch auf ihre persönliche Geschichte als Geflüchtete und Mutter ein, die viele Jahre in einem sozialen Brennpunkt gelebt hat, was ihr feste Wurzeln gebe - zusammen mit der Lektüre von Rosa Luxemburg und dem heutigen gemeinsamen, internationalen Kampf. Es gab viele bekräftigende Worte und Fragen, aber auch zwei Äußerungen, in denen ihr mangelnde Zusammenarbeit, Opportunismus sowie Doppelmoral vorgeworfen wurde. Sie konterte souverän und erhielt ein erkleckliches Ergebnis von 61,7 Prozent der Stimmen.

Darüber kamen auch die folgenden Kandidierenden nur wenig hinaus. Auf Platz zwei wurde Deniz Celik gewählt, gesundheitspolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion, der sich sehr bemühte, antikapitalistische und bewegungsorientierte Positionen darzulegen. Auf Platz 3 wurde Nuram Sarica gewählt, sozialistische und feministische Frauenärztin, die 1980 vor dem Militärputsch in der Türkei nach Hamburg geflüchtet ist. Auf Platz vier setzte sich Johann Grashoff, Straßensozialarbeiter mit charmantem Auftreten, gegen Martin Dolzer durch, ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter und aktuell Vertrauensperson der Volksinitiative für das Verbot von Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen.

Ab hier erfolgte Listenwahl und es wurde noch Wiebke Haßelbusch gewählt, Landesvorstands-

mitglied, die DIE LINKE im Wahlkampf unterstützen möchte. Nicht gewählt wurden Aydina Karahasan sowie Enno Drewes und Rainer Behrens. Ihnen brachte die Parteibasis nach einigen schlechten Erfahrungen in den letzten Jahren offenbar kein ausreichendes Vertrauen entgegen, im Wahlkampf stringent für die Positionen der Hamburger LINKEN einzutreten.

Alles in allem ist diese Strecke gut verlaufen, aber es braucht jetzt wirklich einen Wahlkampf mit deutlichem Akzent auf den Frieden, den Erfolg der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte - und einen Landesparteitag noch vor dem Bundesparteitag im Juni!

Noch ein persönliches Wort: Online-Veranstaltungen behindern Mitglieder mit keiner oder schlechter technischer Infrastruktur sowie Kenntnis und Erfahrung - und wir sind deren Partei! Daher finde ich es sehr zu begrüßen, dass auf dieses Mittel verzichtet wurde und wünsche mir aus den guten Erfahrungen endlich die Konsequenz zu ziehen, weitere Versammlungen auch in geschützter Präsenz durchzuführen. Das heißt vor allem gute Belüftung und kräftigende Versorgung mit Heißgetränken und gesunder Nahrung. Gerade im Sommer sollte dies umso leichter möglich sein. Wir haben jetzt mehrfach bewiesen: kultivierte Zusammenkunft ist möglich. Und wir haben auch alle die Erfahrung gemacht: Eine echte Debatte inklusive der Austauschmöglichkeit in den Pausen ist durch nichts zu ersetzen.

Auf geht's!

Alexander Benthin

Zur Wahl der Delegierten zur LandesvertreterInnenversammlung im Bezirk Mitte –

eine kurze Nachbemerkung

Ich wollte mich noch zur Vermeidung von möglichen Missverständnissen und für jene, die, sei es pandemiebedingt, sei es aus anderen Gründen, nicht am 13. März 2021 bei der Wahl der Liste für die Mindestquotierung anwesend sein konnten oder wollten, zu meiner Kandidatur an jenem Tag bzw. dem Ergebnis äußern.

Dass ich das Quorum in der demokratischen Abstimmung knapp nicht erreicht habe und dieses dann auch in der anschließenden offenen Diskussion nicht eingeholt wurde, kann ich wie schon gesagt – und nicht nur aus zeitlichen bzw. beruflichen Gründen – verschmerzen. Mein Entschluss zur Kandidatur resultierte aus dem Verlauf der Bekanntgabe der Kandidatinnen, erschien insofern spontan, und sie hätte besser vorbereitet und angelegt sein können. Gleichwohl war sie ernst gemeint.

Und dass zwei weitere Genossinnen, d.h. Anna Rinne, die insbesondere bei den Themen Gesundheit/Diversität und gegen Rechtspopulismus/-extremismus engagiert ist, und das ehemalige Vorstandsmitglied Theresa Jakob, seit mehreren Jahren überaus aktiv in der Bezirksfraktion Mitte, noch weniger Stimmen bekommen haben – das wirft bei mir schon Fragen auf, wie es um den so oft im Mund geführten Pluralismus und die nachhaltige Einbindung aktiver Genossinnen in die Parteiarbeit im Bezirksverband Mitte wirklich bestellt ist. Gerade im bevorstehenden Wahlkampf unter Ausnahmebedingungen sollte das zumindest eine Anregung zum Nachdenken sein.

Marion Fisch, BO Hamm/Horn/Borgfelde

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung DIE Linke Hamburg-Mitte-
Samstag, den 13. März 2021:

Frieden, Soziales und Grundrechte - wichtiger denn je! **Schwerpunkte des Bezirksverbands HH-Mitte im Bundestagswahlkampf**

In dem vom Landesparteitag am 18. Oktober 2020 beschlossenen Leit Antrag heißt es u.a.:
„Entsprechend unseres Sofortprogramms wird das Handeln der LINKEN in der Krise von drei Prämissen geleitet:

- 1. Die Verwirklichung der WHO-Definition von Gesundheit als ‚Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen‘ verlangt verstärkte internationale Kooperation für radikale soziale, ökologische und kulturelle Verbesserungen überall auf der Welt.*
- 2. Die Schere zwischen Arm und Reich muss sich schließen. Der Umgang mit COVID darf nicht zur Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit führen. Wir stehen für soziale Gleichheit und Frieden. Es müssen weltweit Verhältnisse geschaffen werden, in denen kein Mensch an Hunger, Krankheit, Armut oder Krieg sterben muss.*
- 3. Die Menschenrechte als Grundlage für Demokratie müssen ausgebaut werden. Der Ausnahmezustand darf nicht auf unabsehbare Zeit verlängert und Grundrechte müssen auch in der Krise gewahrt werden.“*

In diesem Sinne möge die BMV zum TOP 3 Rüstungsexporte befassen, beraten und beschließen:

Als Schwerpunkte im Bundestagswahlkampf nehmen wir uns als Bezirksverband Frieden, Soziales und Grundrechte vor. Die Themen schlagen sich in Publikationen, Plakaten, Veranstaltungen und anderen Aktivitäten nieder. Konkret heißt das u.a.:

1. Politische und finanzielle Unterstützung der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte bei Unterschriftensammlung und Aktionen, z.B. bei Rüstungsunternehmen im Hafen oder anderen Standorten in Mitte. Die Bezirksfraktion wird angefragt, das Büro in der Borgfelder Straße als Sammelstelle zur Verfügung zu stellen. Wir mobilisieren zum Ostermarsch, zum 1. und 8. Mai, zum Jahrestag des Angriffs auf die Sowjetunion (22. Juni), zum Hiroshimatag (6. August) und Antikriegstag (1. September)
2. Soziale Offensiven gegen Armut, Erwerbs- und Obdachlosigkeit. Die Reichen und der Rüstungsetat müssen zur Krisenbewältigung zur

Kasse gebeten werden! Wir unterstützen Aktivitäten für konsequente Umverteilung und Ausbau des Sozialstaates bis hin zu Verstaatlichungen, für stärkere Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung bei Lohn- und Personalausgleich sowie die Abschaffung von Hartz IV und der Schuldenbremse.

3. Die politischen und sozialen Grundrechte müssen – nicht nur in der Pandemie – von uns verteidigt und mit Leben gefüllt werden. Wir unterstützen außerparlamentarische Aktivitäten und Protest, verzichten im Bezirk vollständig auf Personenwahlkampf und setzen ganz auf Information, Diskussion und Veranstaltungen – das schafft Bewegung! Daher beteiligen wir uns an der vom Bundesausschuss der LINKEN beschlossenen Tagung „Die Grundrechte in der Spannung zwischen Verfassungsnorm und Wirklichkeit“ (Arbeitstitel).

[LINK: [https://www.die-lin-](https://www.die-lin-ke.de/partei/parteistruktur/bundesausschuss/bundesausschuss-2020-2021/beschluesse-und-erklarungen/tagung-oder-konferenz-zum-thema-grundrechte/)

[ke.de/partei/parteistruktur/bundesausschuss/bundesausschuss-2020-2021/beschluesse-und-erklarungen/tagung-oder-konferenz-zum-thema-grundrechte/](https://www.die-lin-ke.de/partei/parteistruktur/bundesausschuss/bundesausschuss-2020-2021/beschluesse-und-erklarungen/tagung-oder-konferenz-zum-thema-grundrechte/)]

Begründung:

In der Krise werden Kriege und Waffenexporte verstärkt zerstörerisch weitergeführt, Millionen von Existenzen in den Ruin getrieben, Depressionen und Suizidgefährdung nehmen bereits unter jungen Menschen in einem erschreckenden Maß zu, während eine kleine Minderheit sich immer weiter bereichert; die Würde des Menschen und die Menschenrechte werden weltweit mit Füßen getreten.

Menschenrechte können nur in Frieden und mit sozialer Gerechtigkeit entfaltet werden – das gehört zusammen! Gesundheit kann nur in einer demokratischen Gesellschaft verwirklicht werden. Es ist unsere Aufgabe, offensiv aufzuklären und dafür zu mobilisieren, sich am gemeinsamen Kampf für ein würdiges Leben zu beteiligen.

Das ist menschlich.

Bundestagswahl 2021 und die Zeit danach

Die BMV HH-Mitte traf sich zur BMV am 13.03.2021 und 14.03.2021 im Kulturpalast Bilstedt. Es ist wichtig, dass die Bezirksfraktion (? – red) bzgl. des Wahljahres 2021 auch die BMV-Beschlüsse umsetzt und zwar jetzt, 2021 und nicht erst später.

Die Militarisierung der Gesellschaft durch die Bundeswehrhochschule hat stark zugenommen, was nicht im Sinne der Friedenspolitik ist. Vielmehr müssten die zivilen Hochschulen und Universitäten gestärkt und die Bedingungen für Studierende verbessert werden. Es studieren immer mehr bei der Bundeswehr und werden ZeitsoldatInnen, weil man während des Bundeswehrstudiums Bezüge erhält, die ein(e) ziviler Studierende(r) nicht erhält. Diese müssen sich oftmals verschulden um studieren zu können. Das BAföG stellt ein Fass ohne Boden dar und ist nicht mehr im Sinne des Erfinders. Zudem fehlt es an ausreichender Aufklärung über die Pandemie und die Aufrüstung hat stark zugenommen stattdessen. Der Kapitalismus hat versagt und zu einem enormen Elitismus geführt. Zudem müssen die Rüstungsexporte gestoppt werden.

Es bedarf eines Politikwechsels. Es herrscht soziale Ungleichheit. Es muss sich gegen diese Verzichtsideologie eingesetzt werden. Im Wahlkampf 2021 müssen auch die Ärmern und Bedürftigen erreicht werden. Zudem muss der Hamburger Hafen ein ziviler Hafen werden. Die Basis der Linken muss die Politik der Mehrheit als eine Art Ablenkung uns gegenüber dringend erkennen. Wir müssen die sozialen Fortschritte referieren und unser Wahlprogramm entsprechend anwenden, damit es bei allen auch ankommt. Ferner bedarf es der Tagung/Konferenz zum Thema Grundrechte, zur Funktion der Grundrechte als objektive Prinzipien und Verstärkung ihrer Geltungskraft (W. Abendroth) in Bezug auf die Beschlüsse und Erklärungen des Bundesausschusses der Linken.

Es ist zudem auch wichtig in Hinsicht auf den Weg aus der Pandemie hierüber zu sprechen. Die Grundrechte sind und bleiben weiterhin in Gefahr seit Beginn der Pandemie. Die bestehenden Beschränkungen gefährden zudem auch den sozialen Frieden. Wir werden gegängelt und zu Dingen gezwungen die niemand möchte. Insbesondere wird auch der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz missachtet. Insbesondere zeigt es sich ja, dass es 2020 aufgrund bestehender Einschränkungen eine Vielzahl von Eilverfahren vor

den Verwaltungsgerichten gab. Erst nach und nach wurden die Verordnungen nachgebessert. Wir waren und sind immer noch auf dem Weg in einen totalitären Polizei- und Überwachungsstaat. Wir müssen stets wachsam bleiben und stets auch alles genauer hinterfragen, um sicher zu stellen, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Bei der Pandemiebekämpfung liegt China sehr weit vorne im Vergleich zu Europa. Davon können wir etwas lernen und die Pandemiebekämpfung zukünftig auch weiter voranbringen. Die Entwicklung und Verbreitung von Impfstoffen gegen Covid 19 gehört zudem in öffentliche und nicht in private Hände. Auch hierbei könnte eine Rekommunalisierung/Enteignung helfen.

Des Weiteren müssen wir Zaklin Nastic unterstützen als MdB. Zudem müssen HARTZ 4/ALG 2 abgeschafft werden. Ferner sollte auch eine Gesetzesänderungsvorlage bzgl. der Abschaffung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzbfG) erfolgen. Zudem hat die Linke nun jetzt auch die Möglichkeit, Chance Rekommunalisierung, Enteignung voranzubringen, um so eine gesetzliche Kontrolle für die Montanindustrie und das Großkapital zu schaffen. Das wäre bzgl. der Armutsbekämpfung, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle und Schaffung auskömmlich bezahlbarer Arbeitsplätze erforderlich. Dadurch kann sich die Linke von den anderen Parteien deutlich unterscheiden. Auch den Bundestagswahlkampf 2021 sollte man darauf ausrichten.

Zudem macht die Pandemie von 2020/2021 Infostände im öffentlichen Raum 2021 unmöglich. Alternativ blieben hier nur noch das Internet und Onlinewahlkampf. Wir wissen bislang leider auch noch nicht wie lange die Pandemie noch andauert und wann wieder Normalität eintritt. Und wie geht es danach weiter und was können wir gegen ähnliche neue derartige Ereignisse zukünftig tun? Das muss nun die Basis der Linken entscheiden. Wir dürfen keinerlei faule Kompromisse eingehen und auch nicht von unserem Programm abweichen, um ggf. mitregieren zu können. Der Kapitalismus in seiner derzeitigen Form gehört geändert, um sozialen Frieden und Wohlstand wieder herzustellen. Insbesondere die Höhe der gesetzlichen Renten, muss auskömmlicher werden als derzeit. Jeder muss von seiner Rente wie auch von seiner Arbeit auskömmlich leben können. Flaschen sammeln zu müssen, Tafelausgaben sind der Beweis für üblen Kapitalismus.

Roberto Perez Hagen

Unsichtbarkeit

Die Corona-Pandemie hat entgegen aller offiziellen Verlautbarungen dazu geführt, dass der ärmere Teil der Bevölkerung besonders gelitten hat. Ständig sprachen unsere Regierungspolitiker*innen von den systemrelevanten Bevölkerungsgruppen, bisweilen, vor allem in der Anfangszeit bekamen die sogar Applaus – man bedenke mal: Applaus, das ist das Zeug, von dem man Miete bezahlen und die Kinder im Home Schooling unterstützen kann. Lass uns mal sagen: der Applaus war die pure Verarsche!

Systemrelevante Arbeitnehmer*innen arbeiten als Pfleger*innen in Krankenhäusern und Altenheimen, kassieren für Lebensmittel und Klopapier an der Supermarktkasse oder bringen diese unentbehrlichen Sachen erst als LKW-Fahrer*innen dorthin, füllen Regale auf oder räumen Müll weg (alle anderen, die ich jetzt nicht erwähnt habe, bitte ich, mir das nicht übel zu nehmen). Investmentbanker, CDU-Maskenvermittler und Rechtsanwälte die Steuersparmodelle entwickeln, egal ob Frauen oder Männer, gehören garantiert nicht zu den systemrelevanten Gruppen. Und was hat die Systemrelevanz den Arbeitnehmer*innen gebracht? Nur ein Beispiel: Rund 32 % der Pflegekräfte „überlegen, nach Ende der Pandemie aus dem Beruf auszusteigen, heißt es aus der interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin“ berichtet ver.di Publik 2/21. Ein anderes Beispiel: der Dax ist am 26. März auf 14.749 gestiegen. Noch Fragen?

Wenn wir denn in einer „Marktwirtschaft“ leben und das nicht ändern können, so müssen Probleme marktwirtschaftlich gelöst werden und das heißt blättern, bis die Pflegekräfte sagen: „is o.k.“, z.B. mit kürzeren Arbeitszeiten bei höheren Löhnen, ähnlich wie bei Quandt und Klatten oder in

Hamburger Kontinuitäten Rechter Terror und fehlende Aufklärung des NSU-Komplexes

Online-Seminar: Sonntag, 11. April, 13:00 – 16:00 Uhr

In diesem Jahr jährt sich der Todestag von Süleyman Taşköprü zum 20. Mal. Er wurde am 23.06.2001 vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in Hamburg-Bahrenfeld ermordet. Viele Forderungen der Angehörigen und Betroffenen des NSU sind jedoch nach wie vor unerfüllt. Aufklärung und Gedenken bleiben umkämpft.

In diesem Workshop werden Zusammenhänge des NSU-Komplex in Hamburg betrachtet und in die Geschichte rechten Terrors in Norddeutschland eingeordnet. Anhand von Berichten von Be-

Hamburg Peter Döhle. 60% Kurzarbeitergeld bei 100 % Miete ist jedenfalls nicht die Lösung!

Genug geschimpft!
Wir sollten unser Jahr der Unsichtbarkeit beenden! In Mümmelmannsberg findet die Linke nur durch ein Plakat der letzten Bundestagswahl in einem Fenster unserer Wohnung statt; das ist zu wenig! Also komme ich wieder zurück auf meinen steinalten Vorschlag:
Ein Flugblatt pro Monat: speziell für Mümmelmannsberg!
A5 Vor- und Rückseite, Auflage 500 – 1000.



Ich kann auf der Basis einiger Stichworte von ??? jeweils ein Flugblatt entwerfen und so häufig korrigieren, bis es in unser Wahlprogramm passt. Wegen meines körperlichen Zustands bin ich jedoch nicht in der Lage in größerem Umfang zu verteilen: das müssten andere machen. Bleiben wir jedoch weiter für unsere Wahlbevölkerung unsichtbar, so kann es sein, dass diese Unsichtbarkeit auch am 26.09.21 andauert – und das wäre echt zum Heulen!

Gun, Mümmel

troffenen, mit Text, Film und Gesprächen wollen wir der Frage nachgehen, warum der NSU-Komplex nicht aufgeklärt wurde und Handlungsmöglichkeiten vermitteln, was jede:r selbst tun kann.

Anmeldung unter: nsuschauhin@gmx.de

Im Rahmen der #SchauHin - Ausstellungswoche zu den Opfern des NSU

Mehr Infos zur Ausstellung unter:

<https://schauhin.jimdosite.com/>

Hinaus zum Ostermarsch!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ungeachtet oder vielmehr im Schatten der Corona-Pandemie wird die Aufrüstung der NATO immer weiter gesteigert, um die Vormachtstellung des Westens gegenüber China und Russland zu festigen und auszubauen. Auch die EU will mit der "Eurodrohne" und milliardenschweren Rüstungsprogrammen als "global player" mitspielen und Deutschland darin wieder gerne führende Macht sein.

Ganz im Gegenteil zu den Schlussfolgerungen aus zwei Weltkriegen und dem Faschismus und mit sehr gefährlichen Folgen für Menschenleben, die natürlichen Lebensgrundlagen und die internationalen Beziehungen. Die Ressourcen, die dafür verschwendet werden, fehlen auch hier für ein gutes Gesundheitswesen, für Bildung und Kultur, Klimaschutz und einen Sozialstaat, der den Namen verdient.

Mit den **Ostermärschen** wollen wir im Superwahljahr Druck für eine Welt ohne Gewalt und eine zivile deutsche Außenpolitik machen:

- Für den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag!
- Keine Anschaffung von Drohnen und neuen Atomwaffen, stattdessen ein Stopp aller Rüstungsexporte!
- Schluss mit alten und neuen Feindbildern und dafür Entspannungspolitik, Dialog und internationale Zusammenarbeit!

Es soll wieder Ostermärsche in der ganzen Republik geben, an den meisten Orten auch in Präsenz. In Hamburg ist eine Demo nicht zugelassen worden, so dass der Ostermarsch in Form von drei Kundgebungen stattfinden wird, und zwar unter dem Motto

**"Verantwortung für den Frieden übernehmen!
Für den Frieden kämpfen!"
am Ostermontag, den 5. April um 14 Uhr**

Ab 14 Uhr am Jungfernstieg wird es eine zweistündige Kundgebung mit Reden und Musik geben. Redner*innen sind u.a.: Jürgen Scheffran (Leiter der Forschungsgruppe Klimawandel und



(Ostermarsch 2019, Foto: R. Schwandt)

Sicherheit am Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit der Uni Hamburg), Klaus Wicher (SoVD Hamburg), Christine Hoffmann (Pax Christi), Franz Forsmann (Flüchtlingsrat HH), Vertreter*innen von der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte und DIDF.

Parallel gibt es zwei weitere Kundgebungen in fußläufigem Abstand am **Gänsemarkt und Gertrudenkirchhof**.

(Die Kundgebungen sind auf 200 Personen begrenzt, die Abstandsregeln sind einzuhalten und es müssen Masken getragen werden.)

Der Aufruf des Hamburger Forums, Infos und ggf. Aktualisierung sind zu finden unter <http://www.hamburgerforum.org/>

Die Zusammenkünfte sind auch eine gute Gelegenheit, für die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte zu unterschreiben und/oder sich am Sammeln von Unterschriften zu beteiligen.

(<https://ziviler-hafen.de>)

Das nächste Treffen der **AG Frieden und internationale Politik** haben wir für **Dienstag, den 27. April** um 19 Uhr geplant. Meldet Euch bei mir, um den Ort zu erfahren.

Hier findet Ihr eine gute Initiative vom Gesprächskreis Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die man hier unterschreiben kann:

<https://www.change.org/p/b%C3%BCrger-und-organisationen-der-brd-friedensinitiative>

Mit solidarischen Grüßen
Gunhild



Ehemals städtisch, jetzt obszön

Von Michael Joho

Am 27. März fand in vielen Städten Europas zum zweiten Mal der „Housing Action Day“ (HAD) statt. Erwachsen aus den verschiedenen Kämpfen und Initiativen für das Recht auf Stadt für alle geht es bei diesem Aktionstag vor allem um bezahlbaren, günstigen Wohnraum und zugleich eine Stadt(teil)entwicklung, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht hochtrabende

Investor:innenräume und handfeste Profitinteressen. Nicht zufällig überschneiden sich die Forderungen dieser europäischen Bewegung weitgehend mit den boden-, wohnungs- und mietenpolitischen Forderungen der LINKEN, wie der Blick in den diesjährigen HAD-Aufruf (<https://www.housing-action-day.net/>) zeigt:

1) Wohnungen für alle!

Wohnungslose und Geflüchtete in Wohnungen oder Hotels unterbringen!
Leerstand beenden! Besetzungen legalisieren!
Mehr Plätze in Frauenhäusern!
Zwangsräumungen, Versorgungssperren und Kündigungen verhindern!

2) Mietschulden erlassen!

Wohnraum, Kleingewerbe, Kulturszene und soziale Zentren sichern!
Keine Subventionen für hohe Mieten und Finanzinvestor*innen!

3) Mieten senken – Gewinne umverteilen!

Höchstmieten festsetzen!
Krisengewinne abschöpfen – Sonderabgabe zur Bewältigung der Corona-Krise!

4) Bodenspekulation beenden – Wohnungskonzerne vergesellschaften!

Wohnraum und Boden dürfen keine Ware sein!

Auch in Hamburg wurde der Housing Action Day am 27. März mit Aktivitäten in verschiedenen Quartieren begangen, u.a. an der Sternbrücke, vor einem der beiden leerstehenden Kaufhäuser in der Mö, auf dem Holstenareal, vor der Sozialbehörde und am unsäglichen Milliardärsprojekt Paulihaus. Einen Eindruck gibt es hier: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/Hamburg-Journal,sendung1136476.html (bei 10 Minuten kommt der kurze Beitrag).

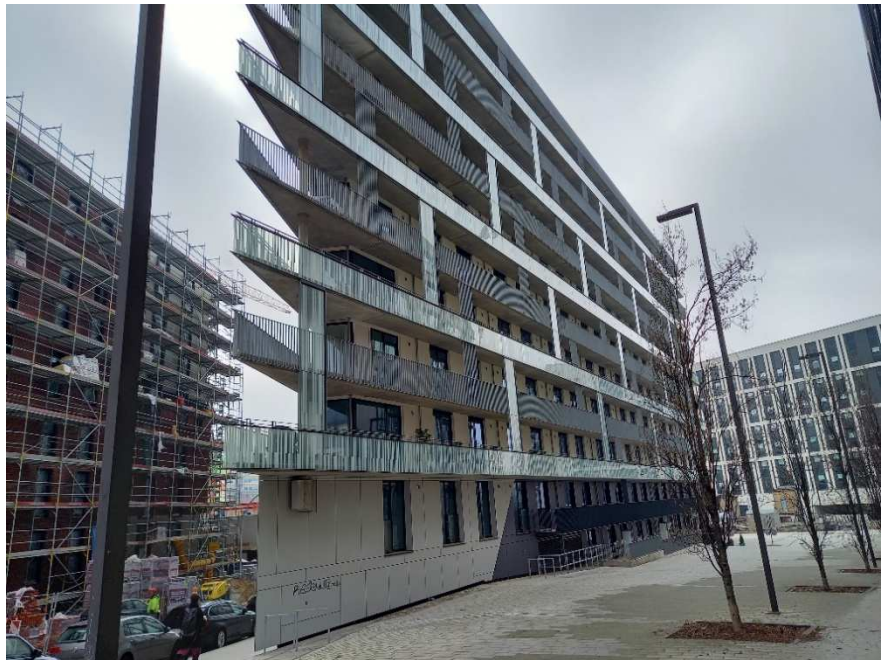


Aktion der Volksinitiative am 25. März am Schultzweg 2/Ecke Hühnerposten (Fotos: MJ)

Den Auftakt in Hamburg zum HAD in Hamburg bildete eine Aktion am 25. März am Schultzweg 2, nur wenige hundert Meter vom Hauptbahnhof entfernt. Die Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“ hatte rund 20 Engagierte zusammengebracht, um mittels einer Aktion auf den Zusammenhang von renditeträchtigen Projekten auf ehemals städtischem Boden aufmerksam zu machen.

„Studenten- und Azubi-Wohnheim“ am Schultzweg 2 im Münzviertel (Foto: MJ)

Der Ort war gut gewählt, denn an dem hier 2015/2016 errichteten, elfgeschossigen Neubau lässt sich Hamburger Bodenpolitik vom Feinsten veranschaulichen. Das betreffende Gelände war nämlich kurz zuvor noch im städtischen Besitz, wurde dann aber an die „Hamburg Trust“ verscherbelt. Sie investierte insgesamt – also für Grundstück und Neubau – 34 Millionen Euro (HA vom 10.7.2015). Und dann entstanden in kurzer Zeit 353 möblierte Wohnungen, davon 341 Einzimmer-Apartments zwischen 19 und 28 Quadratmetern. Solche Mikrowohnungen sind der neueste Hit der Vermietungsmafia, fallen sie doch durch die Möblierung – und sei sie noch so karg – aus dem Mietenspiegel und damit aus der ortsüblichen Vergleichsmiete heraus.



„Unsere feinen Kleinen. Die eigenen 4 Wände auf optimal genutzten ca. 19 m². Die modern eingerichteten 1-Zimmer-Apartments verfügen über eine Pantryküche, ein separates Bad mit Dusche, helle Möbel und einen hellen Fußboden in Holzoptik sowie einen Balkon. Ab 670 Euro All inkl. Miete mtl.“
(Originalton und Fotos von der Werbe-Website „Neuer Hühnerposten“: <https://hposten.de/>)

Und so sehen denn auch die Preise aus. Nehmen wir die 19-Quadratmeter-Apartments, die – wow – sogar einen hellen Schrank, einen hellen Tisch und einen hellen Stuhl aufweisen. Kostenpunkt: zwischen 670,- und 870,- Euro netto-kalt. Das sind horrenden Preise, inklusive der Nebenkosten kommen die Mieter:innen auf 40 bis 50 Euro je Quadratmeter. Der ehemalige Vorsitzende des Mietervereins zu Hamburg, Eckard Pahlke, hielt es für angezeigt, „zu prüfen, ob hier strafrechtlicher Wucher vorliegt“ (HA vom 11.7.2015). Doch nichts ist geschehen, um solche möblierten Mikroapartments kümmern sich weder das Bezirksamt Hamburg-Mitte noch der Senat – auch wenn sie, das sei zugestanden, nicht glücklich sind über diese Entwicklung. Doch getan...getan haben sie nichts, nichts, was solchen Spekulant:innen das Handwerk legen oder auch nur verhindern würde, dass solche obszönen Bau- und Vermietungsprojekte überhaupt – auf städtischem Boden – entstehen.

Der Skandal bei diesem Objekt ist ja nicht nur, dass die Freie und Hansestadt Hamburg das Areal an diese „Hamburg Trust“ verkauft und das Bauprojekt vom Bezirksamt Mitte abgesegnet wurde. Das Sahnehäubchen, das eigentlich allen GRÜNEN die Schamesröte ins Gesicht treiben sollte, ist der Umstand, dass ausgerech-

net die Zweite Bürgermeisterin, Katharina Fegebank, die Ansprache beim Richtfest im Juli 2015 hielt: „Ich freue mich, wenn hier schon bald junge Menschen die zum Studienort oder als Auszubildende nach Hamburg kommen, eine neue Heimat finden.“ Jemand muss ihr gesteckt haben, dass für gefühlte 90 Prozent der angesprochenen Personengruppen die Mieten deutlich zu hoch sein dürften: „Unter den Mietern“, so unsere amtierende Wissenschaftssenatorin, „werden Studierende und Azubis mit entsprechenden finanziellen Möglichkeiten sein“ (HA vom 10.7.2015). Wie wahr sie spricht.

Eine winzige Facette gibt es, die mein Herz ein wenig aufgehen lässt: Die Vermietungsfirma „Avia Rents Apartment“ (<https://aviapartments.de/>) findet offensichtlich nicht genügend Mieter:innen für diese völlig überbeuerten ach so „hellen“ Butzen. Angeblich wegen der Bauarbeiten in der Umgegend werden zurzeit alle Mietangebote um 15 Prozent reduziert angeboten (<https://hposten.de/>). Leerstand, ich hör dir trapsen. Da stellt sich doch die Frage, was mit denjenigen Mikrowohnungen am Schultzweg 2 ist, die seit mehr als vier Monaten leer stehen. Laut Wohnraumschutzgesetz hätte das Bezirksamt schon längst tätig werden müssen!

Geschichte geschieht nicht einfach –sie wird von uns gemacht

Woche des Gedenkens in Hamburg-Mitte vom 20.4. – 8.5.

Nach langem Vorlauf (erste Initiative der Bezirksfraktion der LINKEN im Jahr 2010) findet die „Woche des Gedenkens“ an die Verbrechen des deutschen Faschismus nun zum zweiten Mal statt, leider auch zum zweiten Mal unter Corona-Bedingungen. 2020 war die Woche vom Frühjahr in den Herbst verschoben worden und fand hauptsächlich digital statt. Dennoch gab es eine Fülle von Veranstaltungen, auch viele Schulen bzw. Schülerinnen hatten sich beteiligt. Nunmehr sind die Fortführung und die Finanzierung grundsätzlich beschlossen.

Die Kontaktbeschränkungen führen dazu, dass auch dieses Mal vor allem digitale Veranstaltungen

geplant sind. Die **zentrale digitale Veranstaltung der Bezirksversammlung ist für Sonntag, den 2.5., 18 Uhr** geplant.

Alle bisher bekannten Veranstaltungen (Vorträge, Lesungen, Rundgänge und mehr) sind ausführlich beschrieben unter <https://www.gedenken-hamburg-mitte.de> Reinschauen lohnt sich!

Viele Veranstaltungen sind kostenlos, in manchen Fällen ist eine Anmeldung erforderlich.

besel

„Innerer Notstand“ seit März 2020 lfd.

Durch die im März 2020 eingetretene Pandemie in Form von Corona/Covid 19/Mutationen ist in der BRD nun seit einem Jahr der qualifizierte ‚innere Notstand‘ (aus Artikel 87a Absatz 4 GG) mit einem längerfristigen Bundeswehr-Einsatz im Inneren unseres Landes eingetreten. Wir reden hier von einem Einfachen/qualifizierten; regionalen/überregionalen „inneren Notstand“ in allen 16 Bundesländern. Diese Termini *einfacher/ qualifizierter; regionaler/überregionaler „innerer Notstand“* sind keine Begriffe, die im Grundgesetz selbst vorkommen, sondern in den Gesetzesmaterialien sowie in Rechtsprechung und Lehre verwendet werden. Sie ergeben sich aus den seit 2020 und lfd. in Kraft gesetzten Rechtsverordnungen, Allgemeinverfügungen der Bundesländer auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes §§ 28 bis 32 IfSG.

Das Grundgesetz selbst spricht in Bezug auf das, was einfacher, regionaler „innerer Notstand“ genannt wird, in Artikel 91 Absatz 1 GG von „drohende[r] Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“; wie nun jetzt durch die seit 2020 bestehende Pandemie durch Corona /Covid19/Mutationen aus Viren. In Bezug auf das, was einfacher, *überregionaler* „innerer Notstand“ genannt wird, in Artikel 91 Absatz 2 von „[wenn] das Land (Bundesland), in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage [ist]“, wie seit März 2020 der Pandemie durch Viren. In Bezug auf das, was qualifizierter „innerer Notstand“ genannt wird, in Artikel 87a Absatz 4 von „wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen. Die Bundeswehr hilft seit 2020 im zivilen Auftrag in Behörden, Ämtern, Impfzentren im Rahmen der Amtshilfe. Dieser Zustand der Pandemie ist auch durch den Neoliberalismus und das System des Kapitalismus ausgelöst, gefördert und zudem auch verstärkt worden. Im Infektionsschutzgesetz wurde inzwischen im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aufgrund von eingereichten Eilverfahren aus §123 VwGO gegen bestimmte Gesetze hier nachgebessert. Allerdings erst durch die eingeschalteten Verwaltungsgerichte im Rahmen der Rechtsweggarantie aus Art.19 GG.

Um diesen vor einem Jahr eingetretenen Einfachen/qualifizierten; regionalen/überregionalen „inneren Notstand“ in allen 16 Bundesländern wieder zu beseitigen und zur Normalität zurück-

zukehren, bedarf es der Organisation, Steigerung der Schutzimpfungen in allen bundesdeutschen Hausarztpraxen und in Krankenhäusern aller Art. Die Impfzentren alleine sind hier so nicht ausreichend. Jetzt werden von Karl Lauterbach nächtliche Ausgangssperren, Reisebeschränkungen, Quarantänen, Verschärfungen vorgeschlagen. Die Lage spitzt sich zu wie z.B. die Demo in Kassel vom 20.03.2021 beweist. Unseren Rechtsstaat sehe ich hier nun gefährdet.

Je länger diese Einschränkungen noch andauern, desto schwieriger wird es für die Polizei, die innere Sicherheit noch länger gewährleisten zu können. Es bedarf hier dringender denn je einer aktuellen Stunde durch die Opposition im Bundestag an die Regierung. Es besteht erforderlicher und ausführlicher Klärungsbedarf. Es bleibt vieles auf der Strecke und das ganze Ausmaß dieser Pandemie wird noch erhebliche Spätfolgen nach sich ziehen. Wie, was und in welchem Ausmaß wird sich zu einem späteren Zeitpunkt schon noch ergeben. Allerdings dürfen die durch die Pandemie entstandenen Kosten nicht auf die Schwächeren und Armen umgelegt werden nach dem Prinzip, dass der/die Kleine Mann/Frau es alleine tragen soll. Dieser Aspekt und auch die Thematik muss in den Bundestagswahlkampf der Linken 2021 mit einfließen. Denn über die Kosten wurde bereits in den Medien hier und da berichtet, allerdings hörte man bisher nur sehr wenig darüber.

Als Opposition muss die Linke hier sehr aufmerksam bleiben und genauer hinsehen. Wir dürfen keinesfalls wegsehen und dieses auch nicht auf die leichte Schulter nehmen. Da könnte u.U. noch einiges auf uns zukommen in Bezug auf die Zeit danach. Die Verfassungsrechtler raten dazu, die Grundrechtseinschränkungen nicht noch allzu lange beizubehalten. Denn durch die Impfungen ist das nach und nach nicht mehr nötig. Und genau dort liegt das Problem. Zum einen haben wir zwar die Impfstoffe, aber zum anderen dauert die Impforgaorganisation entsprechend. Nach Ostern 2021 sollen nun ja auch bald die Hausärzte Covid19-Impfungen durchführen dürfen. Derartige o.ä. Krisen dürfen nicht noch einmal so auf diese Art und Weise auf Kosten der Schwächeren und Armen durchlebt werden. Der erste Lockdown 2020 war ja eine reine Katastrophe in der Umsetzung für alle anderen. Der Kapitalismus gehört geändert.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Dies sind die regelmäßigen Termine. Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten. Die meisten Termine finden sicherlich digital statt.

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

Donnerstag, 08.04., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
digital, siehe besondere Einladung

Sonntag, 11.04., 14 Uhr

MV zur Wahl des/der DirektkandidatIn im Wahlkreis 18 HH-Mitte (siehe S. 2f.)

Montag, 12.04., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
(digital, Link mit der Einladung)

Dienstag, 13.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Mittwoch, 21.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9, *evtl. online*

Mittwoch, 21.04., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 22.04., 17:30 Uhr

Sitzung der **Bezirksversammlung**
(digital und öffentlich)

Dienstag, 27.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Mai 2021

Montag, 10.05., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9 (??)

Dienstag, 11.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Donnerstag, 13.05., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 19.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 19.05., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Dienstag, 25.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

DEMONSTRATION

Donnerstag, 8.4.'21, 17 Uhr, Gänsemarkt

WANN, WENN NICHT JETZT...!

Solidarisches Gemeinwesen fördern statt Banken und Konzernbilanzen!

Sozialstaat ausbauen!

- *Für einen personell massiv aufgestockten, öffentlichen Dienst:* Die Ausweitung von unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen und reichhaltig entlohten Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst, verbunden mit Arbeitszeitverkürzung, erheblich mehr Personal und Mitbestimmung sowie die Anhebung des Mindestlohns setzt Maßstäbe für gute Arbeit überall, sichert die Anwerbung qualifizierten Personals und mindert sozialen Stress.
- *Für massiven sozialen Wohnungsbau:* Die Schaffung von hochwertigem, bezahlbarem, komfortablem Wohnraum für Alle mindert die gravierendsten sozialen und psychischen Sorgen, belebt die Konjunktur und trägt außerdem zur Hebung des allgemeinen Hygiene-Niveaus bei.



Öffentliche Daseinsvorsorge stärken!

- *Für ein allen zugängliches Gesundheitswesen in öffentlicher Hand:* Der Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Gesundheitsämter, von Krankenhäusern, Senioren- und Pflegeeinrichtungen, der Feuerwehr und des Rettungsdienstwesens mit erheblich aufgestocktem und reichhaltig entlohten Personal und deren Rückholung in ein bedarfsorientiertes, integriertes öffentliches Versorgungssystem gewährleistet eine bessere Kontaktverfolgung, ermöglicht quarantänebegleitende soziale Versorgung, sorgt für den spezifischen Schutz von Risikogruppen, verbessert die Behandlung Aller, fördert gesundheitliche Aufklärung und schafft Vertrauen.

→
bitte wenden

- **Für gesicherte und massiv gestärkte Sozialeinrichtungen:** Der Ausbau von Obdachlosenunterkünften, Drogenhilfeeinrichtungen, sozialen Diensten, der offenen Kinder- und Jugendarbeit und sozialen Begegnungs- und Beratungsstätten mindert schwerste Nöte, fördert eine lebendige solidarische Alltagskultur, schafft persönliche und gesellschaftliche Gestaltungsperspektiven und verbessert zudem die Prävention.

Bildung und Kultur für Alle ermöglichen!

- **Für inklusive, bedarfsdeckend öffentlich finanzierte Bildung und Wissenschaft:** Ausfinanzierte Kitas, Schulen und Hochschulen heben das allgemeine Bildungs- und Aufklärungsniveau, fördern die Persönlichkeitsentfaltung Aller, ermöglichen die effektive, akute Erarbeitung humaner Perspektiven zur Lösung der dringlichsten gesellschaftlichen Probleme.
- **Für lebendige, allen offene Kulturstätten:** Opulent finanziell ausgestattete Kinos, Theater, Museen, Stadtteilkulturzentren, Galerien, Ateliergemeinschaften, Musikensembles, Veranstaltungsorte sowie Sport- und Freizeitzentren regen zum kritischen Nachdenken und Eingreifen an, ermöglichen die Entfaltung kreativer Gestaltungspotentiale ohne Verwertungsdruck, bilden gesellschaftliche Alternativen und tragen zur Hebung der allgemeinen Immunkräfte bei.

Gesellschaftliche Teilhabe in jeder Lebenslage sicherstellen!

- **Für eine sanktionsfreie, solidarische Mindestsicherung in allen Lebenslagen:** Gesellschaftliche Teilhabe ist die Voraussetzung für ein gutes, erfreuliches und langes Leben. Soziale Prekarität ist der gesundheitliche Risikofaktor Nummer 1.
- **Für die menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten:** Komfortable, dezentrale Unterbringung, volle medizinische Versorgung und Erleichterung der Asyl- und Aufenthaltsverfahren ist ein Gebot der Humanität, geschichtliche Verantwortung in der Welt und ein unverzichtbarer Beitrag zu Frieden, Menschenwürde, Solidarität im Alltag und Gesundheit überall.

Gemeinwohlorientierte Infrastruktur schaffen!

- **Für einen überall gut ausgebauten ÖPNV:** Kostengünstige, flexible Mobilität für alle in einem integrierten öffentlichen Verkehrskonzept mit beispielgebenden Hygienestandards ermöglicht eine ökologisch nachhaltige Verkehrswende, mindert innerstädtische Gesundheitsbelastungen und gewährleistet soziale Teilhabe.
- **Für eine sofortige Energiewende:** Der Erhalt der weltweiten, natürlichen Lebensgrundlagen ist dringliche Menschheitsaufgabe, tut allen gut und schafft auch noch Arbeitsplätze.



**INTERNATIONAL
SOLIDARISCH**
SCHLUSS MIT AUSTERITÄT